

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Er erscheint Werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages, Bezugspreis: Monatlich 2000 Mark, Einzelne Nummern 80 Mark. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574. Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungsteile 300 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 600 M., unter Eingehaft 800 M. Ermäßigung auf Familien- u. Geschäftsanzeigen. Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Beschlüsse der Verwaltung der Staatsfinanzen und der Landeskulturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabrechnung der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzplätzen auf den Staatsforstrevieren. Verantwortlich für die Redaktion: Hauptkassierer Bernhard Jolles in Dresden.

Nr. 47

Sonnabend, 24. Februar

1923

Frankreich wünscht eine Garantie für seine Sicherheit.

Doch Annexionsabsichten.

London, 24. Februar.

Der gut unterrichtete diplomatische Berichtsersteller des „Daily Telegraph“ schreibt: Die britische Regierung habe keine offizielle Kenntnis von dem in einflussreichen Organen der französischen Presse vorgeschlagenen Plane, einen päpstlichen interalliierten Organismus zur Kontrolle der Rhein- und Ruhrfrage zu schaffen, der eine Garantie für die militärische Sicherheit Frankreichs biete. Ein derartiger Plan würde, wie klar ersichtlich sei, im vollkommenen Widerspruch zu der von der französischen und belgischen Regierung wiederholt gegebenen Versicherungen stehen, daß keine Annexionen beabsichtigt seien.

Der Berichtsersteller des „Times“ in Paris weist auf die Ängste hin, die in Paris herrschenden Wunsch hin, einen kontinentalen Block zu schaffen und auf die Möglichkeit, die Wahrnehmung zu benutzen, um Sicherheiten gegen einen Angriff wie für Reparationen zu erhalten. Der Berichtsersteller schreibt: Die Franzosen würden im geeigneten Augenblick mit den Deutschen je nach einem neuen Vertrag abzusprechen suchen, der ihnen die Vorteile gebe, die im Jahre 1919 nicht erreicht wurden.

Ein Vermittlungsplan in Washington gutgeheißen?

Paris, 23. Februar.

Die „Chicago Tribune“ behauptet, daß ein von der amerikanischen Geschäftsweit angeregtes Eingreifen in der Reparationsfrage unmittelbar bevorstehe. Der Großindustrielle Charles W. Schwab sei, wie hier verlautet, in erster Linie zu dem Zwecke nach Europa gekommen, um einen Plan der Handelskammern der Vereinigten Staaten von Amerika vorzuschlagen, wonach eine Internationale Kommission mit einem amerikanischen Mitgliede die deutsche Zahlungsfähigkeit und die Art und Weise der deutschen Zahlungen festsetzen sollte. Der Pariser Vertreter der Handelskammern der Vereinigten Staaten von Amerika Basil Miller befindet sich jetzt im Ruhrgebiete, um eine Untersuchung über die Ergebnisse der Besetzung vorzunehmen. Nachdem der Vorsitzende der Handelskammern der Vereinigten Staaten von Amerika Charles Barnes kürzlich den erwähnten Reparationsplan im Namen aller amerikanischen Handelskammern ausgedrückt hatte, sei dieser in Washington gutgeheißen worden. Es verlautet, daß er den Standpunkt der Regierung wiedergibt. Der Plan nehme an, daß nach Erzielung einer Verständigung über einen neuen Reparationsplan die Vereinigten Staaten von Amerika sich an den Kommissionsarbeiten beteiligen würden, welche die Durchführung des Planes durch Deutschland sicherstellen sollten.

Der Umfang der englischen Zugeständnisse.

Paris, 23. Februar.

Der „Matin“ veröffentlicht eine Londoner Drahtung, der zufolge die Engländer den Franzosen wohnlich 42 Militärtransport- und Verpflegungszüge durch die englische Zone zugehen lassen haben. Die neuer Verhandlungen sollen weiterhin dazu geführt haben, daß die Franzosen das Recht auf unbefristete Durchfahrt in dem Fall haben, wenn die Truppen von deutscher Seite angegriffen werden. Die Meldungen anderer französischer Blätter sprechen gleichfalls von einem Kompromiß, aber noch nicht von einer fertigen Sache. Interessant ist in diesem Zusammenhang, wie die militärischen Einrichtungen der „Roten Fahne“ von der

Presse dazu benutzt werden, um einen Druck auf England auszuüben, das durch die Aufrüstung des militärischen Wesens zu größeren Zugeständnissen bewegen werden soll. Allerdings verfolgt man mit der Ausdeutung dieser Enthaltungen — die Dementis werden einfach mit der Bemerkung übergangen, daß man wisse, was von solchen Abrechnungen zu halten sei — noch den zweiten Zweck, die Stimmung im Lande für die zu erwartende Rede des Kriegsministers Roginot vorzubereiten, der für eine längere Dienzeit eintreten wird.

Eine Rede Millerands.

Paris, 23. Februar.

Aus Anlaß der Feier des 25jährigen Bestehens des republikanischen Komitees Mascuraud hielt auch Präsident Millerand eine Rede, in der er u. a. ausführte:

Wie ein Blitzstrahl hat mit einem Schläge die Kooperation die Hintergedanken Deutschlands beleuchtet. Ohne an Eroberungen oder Annexionen zu denken, aber entschlossen, sich die Sicherungen und gerechten Reparationen auf Grund der Friedensverträge zu erzwingen, wird Frankreich durch nichts sich von seinem Standpunkt abbringen lassen. Das bedrückte Vaterland verlangt noch gestern jedes Opfer von seinen Kindern, selbst das Leben. Heute, wo es durch deren Opferbereitschaft gerettet ist, genügt es ihm, wenn sie sich die finanziellen Lasten auferlegen, die unvermeidlich sind. Wenn Deutschland sich der Mission hingibt, daß die französische Hartnäckigkeit die in der Hölle von Verdun nicht niedergeworfen werden konnte, an finanziellen Schwierigkeiten zusammenbräche, beweist es noch einmal, wie wenig es Verständnis für die französische Politik und das französische Volk besitzt.

Barthou hielt gestern auf einem zur Feier des Geburtstages Washingtons veranstalteten Bankett gleichfalls eine Rede, in der versucht wurde, Amerika von der Gerechtigkeit und Friedlichkeit der französischen Absichten zu überzeugen.

Eine neue Gewalttat in Bochum.

Bochum, 23. Februar.

Heute abend um 6 Uhr traten die Stadtverordneten von Bochum zu einer Sitzung zusammen, um zu der neuen Besetzung der Stadt durch die Franzosen Stellung zu nehmen. Kurz nach 6 Uhr rückten die Franzosen mit einem größeren militärischen Aufgebot und 10 Tanks vor das Rathaus. Die Tanks nahmen vor dem Rathaus und in den Nebenstraßen Aufstellung. Die Eingänge zum Rathaus wurden militärisch besetzt. Mehrere Offiziere begaben sich in den Sitzungssaal, in dem die Stadtverordneten unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters tagten. Der Oberbürgermeister und sämtliche Stadtverordneten wurden von einem französischen Offizier gefragt, ob sie sich verpflichten wollten, zu liefern, was die Besetzung nicht durch Requisitionsscheine bekommen kann. Dieses Ansuchen wurde selbstverständlich in corpore verweigert. Mit Kolbenstößen und Fußtrittten wurden hierauf die Stadtverordneten aus dem Saale und die Treppe hinuntergetrieben. Der Oberbürgermeister und 18 Stadtverordnete, die nicht Arbeitervertreter sind, wurden dann verhaftet und in ein vor dem Rathaus stehendes Lastautomobil gebracht. Vorläufig sind die Verhafteten in der Oberrealschule untergebracht worden und werden streng bewacht. Die gestern von den Franzosen in Bochum gefangenen Gegenstände haben einen Wert von über 50 Mill. M. Seit der Verhängung des verhängten Besatzungsstandes, also seit gestern abend, wurden in Bochum über 170 Personen verhaftet; 50 von ihnen waren bis heute abend wieder freigelassen worden. Das Zentralsorgan, die „Sächsische Volkszeitung“, und das sozialistische „Vollblat“ wurden unter Verhaftung gestellt.

Die Schikerei auf der Zeche „Prinzregent“.

Bochum, 23. Februar.

Die Franzosen versuchten den Vorfall auf der Zeche „Prinzregent“, bei dem sie einen Bergmann erschossen und einen anderen verletzten, so hinzustellen, als ob sie auf der Zeche von den Bergleuten überfallen worden wären, worauf sie erst geschossen hätten. Nach dem Bericht des Betriebsdirektors Niedermeyer von der Zeche „Prinzregent“, den er zu Protokoll gegeben hat und der von mehreren Augenzeugen, u. a. dem Vater des Ermordeten wörtlich bezeugt wird, hat sich der Vorgang in folgender Weise abgespielt: „Am Sonnabend morgen gegen 1/12 Uhr sind vier Franzosen auf einem mit zwei Pferden bespannten Fuhrwerk auf dem Zechenplatz vor das Holzmagazin angefahren, um gewaltsam Holz zu „requirieren“. Gegen dieses gewaltsame Vorgehen habe ich gemeinsam mit dem Betriebsrat protestiert. Der Protest wurde von den Franzosen zurückgewiesen mit dem Bemerkten: Wir haben einen Requisitionsschein von der französischen Militärbehörde und nehmen das Holz. Als ein nochmaliger Protest meinerseits nichts fruchtete, bin ich der Gewalt gewichen. Als die Franzosen mit dem beladenen Fuhrwerk zum Schotter herauswollten, war es inzwischen von den Tagesarbeitern mit eisernen Pfählen und starken Ketten fest verankert worden. Die Arbeiterschaft forderte die Soldaten auf, das Holz wieder abzuladen, was diese aber verweigerten. Man schickte die Franzosen einen ihrer Leute weg, der Verstärkung heranzog. Als nach etwa einer Viertelstunde die Verstärkung eintraf, standen mindestens tausend Mann auf dem Platz. Der kommandierende Offizier der Gruppe hat mit Pistolen, Gewehren und Maschinengewehren die Beschüsse des Lores geprügelt. Der französische Offizier hat die Arbeiterschaft aufgefordert, den Zechenplatz zu räumen, der Befehl wurde zum Rückkommen des Befehls aber keine Zeit gelassen, sondern in die Menge hineingestoßen. Ein Bergmann wurde durch mehrere Maschinengewehrschüsse getötet, ein anderer Arbeiter wurde durch einen Streifschuß am Hals verwundet.“

Der Reichspräsident an die Stadt Bochum.

Berlin, 23. Februar.

Reichspräsident Ebert hat an den Bürgermeister der Stadt Bochum folgendes Telegramm geschickt: „Mit tiefem Absehen habe ich von den erneuten Mordtaten französischer Truppenabteilungen gegen wehrlose und friedliche Menschen und den wiederholten Plünderungen Meldung erhalten. Den Hinterbliebenen des Ermordeten und den Verletzten bitte ich meine herzlichste Teilnahme und die Unterstützung zu übermitteln, daß nach besten Kräften für sie, die das Opfer blinder Verantw. geworden sind, gesorgt wird.“

Reichstag.

306. Sitzung vom 23. Februar.

Die Beratung des Reichstags wird fortgesetzt. — Abg. Juchacz (Komm.) hält die Behauptungen der „Roten Fahne“ über die Verbindungen zwischen Reichswehr und Orgeschverbänden aufrecht und fragt, warum General v. Seekt, der die Verträge mit den verbotenen Organisationen abgeschlossen hat, nicht zum Tempel hingerichtet worden ist. Er schäme nicht die Wehr, sondern trete sie mit Füßen und verwanke die Republik in eine Bruchstätte monarchistischen Hochverrats. — Auf Vorschlag des Reichspräsidenten Doede wird die Beratung unterbrochen und in die zweite Lesung des Entwurfs eines Reichsgesetzes eingetreten. — Für den Reichsausfluß berichtet

Abg. Heil (Str.). Die in der Regierungsvorlage vorgesehenen Bestimmungen sind fast durchgängig verschärft worden. Der Artikel 6 hat wegen der damit geforderten allgemeinen Ermächtigung für die Regierung lebhaftes Bedenken hervorgerufen. Unter Zustimmung der Reichsregierung wurde er dahin abgeändert, daß die Regierung ermächtigt

wird, Vorschriften, die vom geltenden Recht abweichen, auf folgenden Gebieten und zu folgenden Zwecken zu erlassen:

1. zur Abwehr fremder Einwirkung auf die deutsche Gerichtsbarkeit;
2. auf dem Gebiete der Haupt- und Steuererhebung zur Abwehr fremder Einwirkung auf die deutschen Finanzen oder zur Ausgleichung der Folgen einer solchen Einwirkung, jedoch ohne Abänderung von Steuerätzen;
3. zum Schutz der Währung gegen fremde Einwirkung und ihre Folgen, Bestimmungen über den Verkehr mit Zahlungsmitteln und Waren;
4. Fürsorge für Kriegsbeschädigte und -hinterbliebene, Sozial- und Kleinrentner, Erwerbsbeschädigte, Arbeitslose und andere notleidende Personen, Anstalten und Einrichtungen; ferner Bestimmungen des Zeitpunktes der Wahl zu sozialen Ämtern und zu Betriebsvertretungen, soweit dies zur Ausschließung fremder Einwirkungen oder zum Ausgleich ihrer Folgen erforderlich ist. Allgemeine Bestimmungen auf Grund dieser Ermächtigungen bedürfen der Zustimmung des Reichstags. Die Dauer der Ermächtigungsvorschriften wurde bis zum 1. Juni 1923 bestimmt. Die auf Grund der Ermächtigung zu erlassenden neuen Vorschriften sind nach Ablauf der Ermächtigung in Geltung.

Abg. Brügg (Soz.):

Das Gesetz ist kein Gesetz gegen die Not, namentlich nicht gegen die Finanznot. Die Steuererhebung müßte herabgesetzt werden, daß die Sachwerte, z. B. der Grund und Boden, nach dem Muster des Reichs nicht mehr verkauft werden. Dort stehen sich die Domänenpächter, trotz der hohen Pacht, sehr gut. Auch die Wirtschaftnot wird von dem Gesetz nicht berührt.

Die Regierung muß für Arbeit sorgen, die wichtiger ist als das Hamstern von Papiergeld. Weiter muß die Ernährungsnot bekämpft werden. Ein Markkredit wird bald 1800 M. kosten, ein Pfund Kartoffeln kostet bereits über 80 M., und das alles, obwohl der Dollar nicht mehr steigt. Die Spitzenorganisationen der Landwirtschaft tun nichts gegen den Kartoffelwucher. Das Pfund Zucker soll im nächsten Monat 900 M. kosten. (Hört! hört! links.) Wer unserm Volke den heillosen Kampf um die Existenz des Vaterlandes zumutet, der muß auch für eine ausreichende Volksernährung sorgen. (Sehr richtig links.) Wir fragen weiter, ob es mit den himmelstreichenden Zirkeln in der Rinderpflanze so weiter gehen soll, wie das neulich hier der Präsident des Gesundheitsamtes geäußert hat. Es muß hier unbedingt und fest durchgegriffen werden!

Bei der Beratung des Etats des Landwirtschaftsministeriums werden vor Gelegenheit haben, die Milchfrage einer gründlichen Prüfung zu unterziehen. Es ist mitgeteilt worden, daß dieses Ministerium den Milchverkauf in bayerische Ausland genehmigt hat, das wir in der jetzigen Situation als feindlich betrachten müssen. (Lebh. Hört! Hört!) Während die Vieherbesitzer nach Polen kein Ende nehmen, hat man aus veterinärpolizeilichen Gründen den Austausch von Zuchtvieh gegen Schlachtwiech aus Holland verhindert. Der Deutsche Fleischkonsum ist um die Hälfte gesunken und wird weiter sinken, wenn dem Fleischwucher der Viehhändler nicht mit einer starken Reichskontrolle begegnet wird. (Sehr richtig links.) Betrübende Auktionen dürfen nicht mehr geduldet werden! Wir werden überhaupt ein Verbot der Auktionen für lebenswichtige Gegenstände beantragen. Es ist ein Skandal, daß hochtragende Tiere zum Schlachten verkauft werden, weil sie ein hohes Lebensgewicht haben. Der Angestrichel der Viehwucher, insbesondere auf dem Berliner Viehof, muß sofort und gründlich angedrückt werden! (Lebh. Sehr richtig!) Notwendig ist eine Bestimmung, wonach die Konferenzen der ausländischen Fleischverarbeiter dürfen. Durch die Bestimmungen des Reichsgesetzes über den Alkoholmißbrauch werden sich die Schlemmer nicht abhalten lassen. Methodischweise wird gar nichts gegen den größten Epidemien, den Diphtherieepidemien, getan. Von autoritativer Stelle ist versichert worden, daß viele Banken nur vom Devisenhandel leben. (Lebh. Hört! Hört!) Das Volk hat es nicht verstanden, daß die Regierung der Dollarspekulation latentlos zugehört hat. (Lebhafte Zustimmung.) Die Stützungen der Reichsbank hat nur die kleinen Spekulanten getroffen, die großen sind die lachenden Erben. Der Volk ist jetzt an, sich wider zu erholen, und die Preise steigen weiter. Mit gutem Recht u. wo es der Arbeiter Bedenken und auch der Reichs-